

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Rindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich 52mal. — Preis monatlich 1.35 und
0.85 Beilagengebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Zuzahlung 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingangsnummer 15 Pfg. Verlagsort: Hannover 1931.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Hefen 30 Pfg. Beilagen unter 20 Pfg. laufend 15 Pfg.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postgebühren
sonten Hannover 67 777.

Nr. 289.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 11. Dezember 1931.

13. Jahrgang.

Die Vorsicht ist gerecht in allen Schlüssen,
Das siehst du freilich nicht bei allen Fällen ein;
Doch wollest du den Grund von jeder Schickung wissen,
So müßtest du, was Gott ist, sein.

Gellert.

Gedanken eines wirtschaftlich Schwachen.

In den letzten Nummern des Aufwärts sind einige Aufsätze über Lebenshaltung und Einkommen und über die Stellungnahme des Christlich-sozialen Volksdienstes zum Rabinett Brüning erschienen, die mich besonders interessierten. In diesen Aufsätzen war nämlich u. a. auch von der Auflockerung bzw. Beseitigung des Lohntarifwesens die Rede. Während sich gewisse Teile unserer Bevölkerung gegen die Beseitigung des Tarifwesens stemmen, glauben einige Parteien der politischen Rechten nur durch eine Auflockerung oder gar Beseitigung der Lohntarife den brachliegenden Arbeitsmarkt wieder beleben zu können. Bei diesem schwierigen Problem scheiden sich die Geister, und es fragt sich daher, ob und unter welchen Gesichtspunkten die Auflockerung der Lohntarife möglich ist, ohne daß dabei die wirtschaftlich Schwachen in unserem Volke in ihrer Lebenshaltung noch weiterhin stark beschritten werden. Ich glaube, mich dazu als Vale und wirtschaftlich Schwacher auch einmal an dieser Stelle äußern zu dürfen.

Mit dem Entstehen und Aufblühen unserer Industrie ging Hand in Hand das Aufkommen jener geistigen Richtung, die wir mit dem Wort Materialismus bezeichnen. Die Anfänge dieser geistigen Richtung sind nicht etwa in der deutschen Arbeiterschaft zu suchen; vielmehr waren es jene aufgeklärten bürgerlichen Kreise, die zuerst dem Materialismus dadurch huldigten, daß sie ihre Aufgabe, dem fünften Stand unseres Volkes eine ihm gebührende Stellung in der Gesellschaft und im Staat (wie z. B. in England) einzuräumen, vergaßen. Diese Schuld hat sich bitter gerächt. Der deutsche Arbeiter sah sich verlassen von der bürgerlichen Gesellschaft und verschrieb sich jenen geistigen Führern, die aus der bürgerlichen Gesellschaft verstoßen waren, und im Materialismus, oder besser gesagt, im Marxismus die Rettung sahen. Damals entstanden die ersten Arbeitervereine als die Vorgänger der heutigen sozialdemokratischen Partei. Einige Zeit später entstanden die Gewerkschaften, die den Lohnforderungen einen entsprechenden Nachdruck verleihen sollten. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch die Arbeitgeber zur Wahrung ihrer Interessen ebenfalls Organisationen schufen, nicht allein, um ein Gegengewicht den Gewerkschaften gegenüber zu besitzen, sondern auch, um ein Mittel zur Preisbildung und zur Absatzregelung in den Händen zu haben.

Man kann daher auch wohl behaupten, daß das gesamte Tarifwesen und die künstliche Beeinflussung der Warenpreise durch die Syndikate und Kartelle letzten Endes doch als ein Ausdruck jener geistigen Richtung in unserem Volk gedeutet werden muß, die die materielle Sicherstellung von Forderungen verschiedener Art als ihr oberstes Gesetz ansieht. Ich glaube daher auch, daß eine Auflockerung der zur Zeit bestehenden Lohntarife nicht ohne eine grundlegende Abkehr von der materialistischen Weltanschauung vor sich gehen kann. Die Tarife sind in meinen Augen ein notwendiges Übel, und es wäre in vieler Beziehung bestimmt besser mit unserem Arbeitsmarkt bestellt, wenn die Lohntarife den tatsächlich vorhandenen Verhältnissen angepaßt würden. Dann aber müssen gleichzeitig in Staatsbetrieben wie auch in der Privatwirtschaft die Mißstände (Direktorengehälter, Zinsenkung, Senkung der Mieten und Lebensmittelpreise) verschwinden, die gerade die wirtschaftlich Schwachen in unserem Volke so furchtbar drücken. Die Tarife aber werden solange aufrecht erhalten bleiben müssen, bis diejenigen Kreise, die sich mit aller Macht für die Aufhebung der Tarife und für eine freie Wirtschaft einsetzen, die Folgen aus ihren Forderungen ziehen. In einer freien Wirtschaft darf es keine gekünstelte Preisbildung durch Syndikate, Kartelle und Zünfte geben. Wer sich für eine uneingeschränkte, d. h. freie Wirtschaft einsetzt, darf nicht dank seiner wirtschaftlichen Macht Preise fordern, die im freien Wettbewerb unmöglich sind, und die heute der Kaufkraft unserer Bevölkerung nicht mehr angeglichen sind. Ich nenne da den Preis für den elektrischen Strom. Wenn es wahr sein sollte, daß die Herstellungskosten für eine Kilowattstunde nur 5 bis 8 Pfg. betragen, so muß ich mich fragen, warum man den elektrischen Strom nicht im freien Wettbewerb herstellen und

dann billiger abgeben darf. Man hat den Elektrizitätsgesellschaften vielfach eine Monopolstellung eingeräumt, die ich als unförmlich bezeichnen muß, solange diese Gesellschaften Preise fordern, die in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Kaufkraft der Bevölkerung stehen. So z. B. müßte ich für den Stromverbrauch in meiner Wohnung eine Grundgebühr bezahlen, die im Jahre 1926 (!) festgesetzt worden ist. Eine scharfe Nachprüfung und Preisberichtigung wäre hier unbedingt am Platze. Wenn unsere Handwerksmeister glauben, einheitliche Richtpreise festsetzen und fordern zu müssen für Arbeitsleistungen, die unmöglich alle gleich gut sein können (hier in Worms 1.80 RM für die Meisterarbeitsstunde!), so sehe ich hier eine Sozialisierung, d. h. geldliche Gleichstellung von ungleichen Arbeitsleistungen. Gerade in Handwerkskreisen aber kämpft man mit aller Macht gegen jedwede Sozialisierungsbestrebungen. Die freie Wirtschaft kennt keine Richtpreise. Die schematisierte Preisbildung unserer Handwerker mag vielleicht schuld sein, daß viele Hausbesitzer jedwede Reparatur scheuen. Ich begnüge mich mit diesen Beispielen und kann zusammenfassend feststellen, daß innerhalb unserer Wirtschaft Widersprüche und Verhältnisse vorhanden sind, die schnellstens beseitigt werden müssen.

Soll die Auflockerung des Tarifwesens erfolgen, so ist es nicht mehr als recht und billig, gleichzeitig jede gekünstelte Preisbildung durch Syndikate, Kartelle und Zünfte aufzuheben. Geschieht das nicht, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn die wirtschaftlich Schwachen der restlosen Beseitigung der Lohntarife Widerstand entgegensetzen.

Dr. Barth-Worms.

Politik in der Kirche.

Die oberste Kirchenbehörde der Altpreussischen Union hat in einem Rundschreiben an die Konfessionen, „allen Geistlichen, kirchlichen Körperschaften und Gemeindegliedern die hohe Verantwortung dafür aufs Gewissen gelegt, daß der Friede des Gemeindeglaubens und die Weihe des Gottesdienstes keine Störung erleiden“. In dem Erlaß heißt es u. a. auch: „Die Kirchengebäude dürfen niemals irgendwelchen parteipolit. Kundgebungen dienen. Dies gelte auch für den geschlossenen Kirchgang politischer Vereinigungen mit ihren Fahnen und Emblemen, wo jene Gefahren besonders gegeben seien.“ Gegen diese Vorschriften muß man die allerstärksten Bedenken haben. Denn sie isolieren die Kirche völlig von den großen Bewegungen, die seit 50 und mehr Jahren unser Volk aufwühlten.

August Winnig schildert in einem seiner Bücher die Anfänge der sozialistischen Bewegung in seiner Heimat. In einer Versammlung trat ein Pastor gegen die Sozialdemokraten auf. Er trat ein für „Thron und Altar“. Da erhebt sich im Saal der Dorfwirtschaft ein älterer Sozialdemokrat und ruft dem Pastor entgegen: „Wir Sozialdemokraten lieben unseren Herrn Christus und sind unserm Kaiser treu!“ — Der Schreiber dieser Zeilen war vor einem Jahre selbst noch Zeuge, wie im „unkirchlichen“ Mitteldeutschland Mitglieder einer sozialdemokratischen Gewerkschaft anlässlich einer amtlichen Verfassungsfeier einen Chorgefang vortrugen, der die Ehre Gottes rühmte, und der auch sonst in der Kirche zu hören ist. Sie wurden allerdings dafür später in der Parteipresse von ihrem jüdischen Funktionär gerüffelt. Diese Tatsache und das Fernbleiben sozialistischer Arbeiter aus den Gottesdiensten und dem Gemeindeglauben sollten uns zu denken geben. Die Kirche hat sich in den vergangenen Jahren gegen die sozialistische Bewegung abgeschlossen. Heute wird vielfach von den Kanzeln gegen die Gottlosen gepredigt. Leider ohne Erfolg, denn die Gottlosen, die gemeint sind, kommen nicht mehr in die Gottesdienste. Sie treten zum Teil sogar aus der Kirche aus. Die Botschaft erreicht sie nicht mehr. Unter der Kanzel sitzen zu viele, die die Predigt verfluchen könnten, Gott zu danken, „daß sie nicht sind wie die anderen, z. B. wie diese Gottlosen“. Soll die Kirche nun zum zweiten Male eine solche schwere Schuld auf sich laden? Heute geht die mächtige Bewegung des Nationalsozialismus durch unser Volk. Sie sucht die Kirchen. Nicht immer. In Mitteldeutschland z. B. nur am 9. November, um ihrer Revolutionsgefallenen zu gedenken. Der Schreiber dieser Zeilen erlebte vor einem Jahre in einer mitteldeutschen Kleinstadt, daß die dortige nationalsozialistische Kreisgruppe einen entsprechenden Antrag an den Pfarrer stellte. Dieser verwies sie an das Presbyterium. Das Presbyterium lehnte ab. Dabei hatte die Gruppenführung lediglich um die Erlaubnis gebeten, am 9. November, einem Sonntag, mit Fahnen und in Uniform einen öffentlichen Kirchgang zu veranstalten.

Man verlangte nicht einmal — und zwar ausdrücklich —, daß in der Predigt ein Wort über die Bedeutung des Tages gesagt werde. Es wurde abgelehnt.

Welch herrliche, gottgegebene Gelegenheit war schon wieder einmal verpaßt, der völkischen Bewegung unserer Tage das Evangelium zu sagen und den heiligen, guten und gerechten Willen Gottes in seinen natürlichen Ordnungen von Staat, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft usw. zu verkünden! Welche Gelegenheit war verpaßt, diese Bewegung zur Buße zu rufen, denn sie hat es so nötig wie irgendeine andere. Wie hätte der Prediger die hemmungslose Dämonie des völkischen Machtwillens aufdecken können, dieser Bewegung ihre Sünden gegen das 8. Gebot und die sich daraus ergebenden zerstörenden Folgen für die Volksgemeinschaft vorhalten können und den heiligen Willen Gottes in der Auslegung, die Luther im 1. Katechismus dem 8. Gebot gegeben hat, verkünden können. Und das in Luthers Heimatland, wo nicht nur die Proletarier unkirchlich und „gottlos“ sind! Eine ganze Kirche voll Nationalsozialisten und denen dann gesagt, was Gottes Wille ist — hätte nicht jeder Prediger sagen sollen: „Höre, nur herein, kommt, wie ihr wollt, mit euren Fahnen und Abzeichen, euren braunen und schwarzen Hemden. Wenn nur die Kirche ganz voll ist!“ Letzteres passiert in Mitteldeutschland nur am Totensonntag, St. Abend und Karfreitag, sowie am Volks- und Trauertag.

Es gibt noch Millionen Nationalsozialisten, die da sprechen wie jener alte Sozialdemokrat, von dem Winnig erzählt: „Wir lieben unseren Herrn Christus und sind — der Kirche treu.“ Will man auch sie zurückstoßen? Dann darf man sich nicht wundern, wenn auch die völkische Bewegung wie die sozialistische sich bis zur Gottlosenbewegung radikalisiert (siehe Lundenborff usw.). Die Verwüstung der Gewissen durch den Radikalismus rechts und links ist wahrlich weit genug gediehen. Die letzten ethischen Hemmungen weichen vor der Zweckmoral der Parteigötzen. Haß und blinde Leidenschaft ersticken das Gefühl für das, was sittlich gut oder böse ist. Wer Gottes Wort zu verkünden hat, sollte dankbar sein für jede Gelegenheit, unser Volk zum Gehorsam unter Gottes heiligen Willen und seine guten Ordnungen zurückzuführen. Videant pastores!

Otto Rübhaber.

Russische Revolutionsfeier.

Vor kurzem hat die Sowjetregierung den vierzehnten Jahrestag der Errichtung der Räterepublik mit großem Pomp gefeiert. Auf dem riesigen Roten Platz in Moskau, unmittelbar an der Kremismauer, wo auch Lenin beigesetzt ist, fanden glänzende Truppenparaden und der Vorbeimarsch unzähliger Arbeiter und anderer, hierzu kommandierter Berufsgruppen an der Festtribüne statt. Auf der Tribüne hatten neben den Sowjetgewaltigen das diplomatische Korps und zahlreiche ausländische Arbeiterdelegationen Platz genommen, denen man die Macht der Sowjets und die Verehrbarkeit der Roten Armee, die Republik gegen alle Angriffe der kapitalistischen Ausbeuter zu schützen, vor Augen führte. Aufsteigende Reden wurden gehalten, und damit die Leute nicht nur zu hören, sondern auch zu sehen bekommen, was der Bolschewismus zu leisten imstande ist, sind riesige Traktoren und sonstige Maschinen, sowie modernste Panzerwagen dem staunenden Publikum vorgeführt worden. In diesem Jahr gingen die Feiern unter der Losung: „Bei ihnen (den kapitalistischen Ländern) Hunger und Armut, bei uns Wohlstand und keine Arbeitslosigkeit“, vor sich.

Der außerhalb Rußlands wohnende Zeitgenosse, dem durch illustrierte Zeitschriften und in Kinos diese wirklich imposanten Menschenmengen im Bilde vorgeführt werden, empfindet vielleicht unwillkürlich eine Achtung vor der Werbekraft des kommunistischen Gedankens, und mancher einer sagt sich im Stillen, daß das Sowjetregime für Rußland viel Gutes geschaffen haben müsse, wenn es imstande ist, diese unüberschaubaren Menschenmassen auf die Beine zu bringen, wo es gilt, das Jahresfest der Revolution festlich zu begehen.

Der Schreiber dieser Zeilen hatte vor einigen Jahren Gelegenheit, einer derartigen Jahresfeier in Moskau beizuwohnen und seine Beobachtungen mitten unter der Volksmenge zu machen. Da war nicht viel von Begeisterung zu merken, im Gegenteil, die einzelnen Gruppen, durch Ordner aufgestellt und zusammengehalten, machten einen ermüdeten, unwilligen Eindruck. Man merkte es den Leuten an, daß sie viel lieber zu Hause geblieben wären, anstatt hier stundenlang in einer Ecke des Riesensplatzes zu stehen und warten zu müssen, bis sie an der Reihe sind, mit ihren Transparenten an der Tribüne vorbeizumarschieren. Es kann nicht abgelehnt werden,

daß von der Tribüne aus der viele Stunden andauernde Vorbeimarsch gewaltiger Menschenmengen einen großartigen Eindruck machte, denn man wußte nicht, daß ein nicht geringer Teil der Akteure dieser gewaltigen Schau- stellung nur „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb“ dabei waren. Wenn man berücksichtigt, daß in Rußland fast alles verstaatlicht ist und somit alle Erwerbstätigen Angestellte der Regierung sind, so ist die riesige Beteiligung der Bevölkerung an der Feier erklärlich. Alle Betriebe, Fabriken und Büros sind an diesem Tage geschlossen, den Arbeitern und Angestellten sind bestimmte Sammelpunkte vorgeschrieben, von wo aus sie unter Führung der Obleute zum Festplatz marschieren und wehe dem, der nicht dabei ist, er würde wahrscheinlich sofort seine Arbeitsstelle verlieren.

Bekanntlich ist die Anzahl überzeugter Kommunisten, die eingeschriebene Mitglieder der Partei sind, äußerst klein im Verhältnis zu der Bevölkerung des Riesens Reiches. Diese erprobten Kommunisten sitzen in jeder Fabrik, in jedem Unternehmen an leitender Stelle und kontrollieren und terrorisieren von hier aus ihre Mitarbeiter. Wer nicht brotlos werden will, muß wenigstens äußerlich ein guter Kommunist scheinen, und es kann wohl ohne Übertreibung behauptet werden, daß die Mehrzahl der Teilnehmer an diesen Manifestationen (fast ausschließlich wird aus irgendeinem Anlaß ein Massenaufgebot „bewußter Proletariat“ auf dem Roten Platz in Moskau in Szene gesetzt) nur Mitläufer, „Ruhkommunisten“ sind, in Rußland „Radieschen“ genannt, weil sie nur außen rot, innen aber weiß sind.

Gerade in diesem Jahre dürfte, trotz der rauschenden Festlichkeiten, die Stimmung im Volke keine frohe sein. In den Städten fehlt es an Lebensmitteln und Heizmaterial und auf dem Lande verfaßt das mit großer Mißsichtlosigkeit den kollektivierten Wirtschaften weggenommene und auf den Eisenbahnstationen unter freiem Himmel aufgestapelte Getreide, weil das Eisenbahnwesen gerade in letzter Zeit arg zerrüttet ist, und es an vollem Material zum Abtransport der Ernte fehlt. Zudem ist ein grimmiger Kleinkrieg zwischen den städtischen und dörflichen Kommunisten ausgebrochen. Erstere verlangen rücksichtslos Ablieferung aller Vorräte für die hungernde städtische Bevölkerung, und letztere wenden jede nur mögliche List an, um das Getreide zurückzuhalten. Die Zeit ist also wahrlich nicht geeignet, rauschende Festlichkeiten zu begehen, und die Arbeiter und Soldaten, die in Moskau vor fremden Gästen paradierten und auf Stalins Befehl den „bolschewistischen Enthusiasmus und unbeugsamen Willen zum Siege“ demonstrieren mußten, dürften im innersten Herzen Vergleiche angestellt haben zwischen der unangebrachten offiziellen Siegesfeier und der traurigen Wirklichkeit mit der sie auf Schritt und Tritt umgeben sind.

Einen ganz besonderen Hinweis verdient aber der Umstand, daß die russischen Nachthaber keine Festlichkeit vorübergehen lassen, ohne nicht sämtl. Schulkinder daran teilnehmen zu lassen. Es ist Tatsache, daß der Bolschewismus die stärkste zukünftige Stütze in der heranwachsenden Jugend sieht. Nicht aus purer Liebe zu dem unwissenden Volke hat Sowjetrußland das Schulwesen so vorzüglich ausgebaut, sondern weil es in den Schulen den besten Boden für seine Propaganda hat. Dem Nachwuchs wird ganz planmäßig und mit eiserner Konsequenz der Haß gegen die „Bourgeois“ und gegen die „Ausbeuter der arbeitenden Klassen“ in anderen Ländern eingeimpft, um sie zu Pionieren der „kommenden“ Weltrevolution zu machen. Demgegenüber ist ein etwa in entgegengegesetztem Sinne wirkender Einfluß des Elternhauses vollkommen ausgeschaltet, weil den Kindern von den Lehrern klar gemacht wird, daß es ihre Pflicht sei, über alle konterrevolutionären Äußerungen der Eltern Bericht zu erstatten. Es besteht die erschütternde Tatsache, daß die Kinder unter dem Einfluß der Schule die eigenen Eltern bespitzeln müssen, und manch ein Kind hat, sei es aus Dummheit oder Bosheit, seinen Vater, seine Mutter eines unvorsichtigen Wortes wegen in den Kerker gebracht. Dazu kommt noch die Propaganda der Gottlosen-

verbände, die in den Schulklassen einen großen Anhang besitzen. Durch die Verpötlung aller Religionen wird auch die Autorität der Eltern untergraben, so daß ein richtiges, auf gegenseitigem Vertrauen aufgebautes Familienleben in Rußland kaum noch existiert.

Wenn man berücksichtigt, daß diese Erziehungsmethoden bereits seit mehr denn 10 Jahren Anwendung finden, so kann man sich ausrechnen, daß in weiteren 10 Jahren der Bolschewismus in der heranwachsenden Generation seine stärkste Stütze haben wird. Die Nachthaber wissen nur zu gut, daß ihnen die Zukunft gehört, wenn sie die Jugend für sich haben. Daher wird es den Kindern immer wieder gesagt, es gehe der Menschheit im kapitalistischen Westen viel schlechter als den russischen Arbeitern, und da die Wahrheit nicht durchbringen kann, so ist es leicht, den empfänglichen und begeisterungsfähigen Kinderseelen einzuprägen, die arbeitenden Massen der übrigen Welt erwarten von ihnen die Erlösung aus kapitalistischer Knechtschaft.

Wenn die Bolschewisten den Zeitpunkt für gekommen erachten, zur Beschleunigung der Herbeiführung der Weltrevolution neben der bisherigen Propaganda auch die rote Armee einzusetzen, so wird diese fanatisierte, irregeleitete Jugend in vorderster Reihe im Kampfe stehen für ihre vermeintlichen Ideale und, durchdrungen von dem Bewußtsein, berufen zu sein zur Befreiung der übrigen Welt von der Herrschaft des verruchten Kapitals, wird sie mit anderer Begeisterung kämpfen als die russischen Heere im Weltkrieg, die ins Feld zogen, weil sie hierzu kommandiert wurden. Ein bolschewistisches Rußland kann nicht bestehen, wenn es von Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsform umgeben ist, daher muß dieser Kampf kommen und von allen Kathedern und Kanzeln der zivilisierten Welt sollte man wieder und immer wieder zum Sammeln und zur gemeinsamen Abwehr aufrufen gegen diesen Feind, der nicht nur ein Feind der Familie und des Christentums, sondern der ganzen abendländischen Kultur ist.

Harte Maßnahmen.

Die „Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“ hat das wirtschaftliche und soziale Leben Deutschlands auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Dem deutschen Volke werden Opfer zugemutet, die zu den schwersten gehören, die je von einem Volke gefordert worden sind. Und zwar rühren diese harten Maßnahmen nicht zum wenigsten daher, daß Deutschland 13 Jahre hindurch dem tributpflichtigen Auslande Vermögenswerte über Vermögenswerte hat übereignen müssen! Wenn daher der Reichspräsident und der Reichszugler in ihren ersten Erklärungen zu der neuen Verordnung auch davon gesprochen haben, diese „Vierte Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“ stelle einen Schlußstrich dar, dann muß das von dieser Verordnung erst recht im Hinblick auf die Reparationen gelten.

Es ist keine Regierung zu denken, die gleichzeitig mit der Durchführung dieses wahrhaftigen Notprogramms auch noch die Wiederaufnahme irgendeiner Tributleistung verknüpfen könnte. Die Rebel sind zerrissen! Der Beweis ist erbracht, daß die bisherigen Tributsysteme durchweg die deutsche Leistungsfähigkeit in der Aufbringung und die der Gläubigermächte in der Verdaulichkeit der Riesenlumpen überschätzt haben! Und darum muß jetzt, angefangen mit der Tagung des Beratenden Sonderausschusses in Basel, reiner Tisch gemacht werden.

Inhaltlich enthält die neue Notverordnung eine Reihe von Maßnahmen, wie sie in dieser Fülle und von derart einschneidender Natur keiner der vielen vorausgegangenen Verordnungen eigen war. Diesmal ist fast kein Gebiet der deutschen Wirtschaft und keine Schicht des deutschen Volkes verschont worden. Der Zeit nach ist bei allen diesen Maßnahmen zu unterscheiden zwischen solchen, die sofort wirksam geworden sind und anderen, die erst am 16. Dezember, am 1. Januar oder gar erst im März und April 1932 Rechtskraft erlangen.

Mit dem Tage der Inkraftsetzung der Notverordnung haben so Gesetzeskraft erlangt: die Senkung der Ein-

sen der festverzinslichen Wertpapiere einschließlich der Hypotheken- und Pfandbriefe von acht auf sechs Prozent und bei höherer Verzinsung um ein Viertel des bisherigen Zinsfußes; das Recht auf Ablösung der bis zum 1. April 1940 befristeten Hauszinssteuer durch Zahlung des dreifachen Jahresbetrages, sofern die Zahlung vor dem 31. März 1932 erfolgt, und des dreieinhalbfachen Betrages bei späterer Zahlung; die Preiserhöhung durch den neuen Reichskommissar Dr. Goerdeler; die Schutzbestimmungen zur Verhinderung unrentabler Zwangsvollstreckungen städtischen und ländlichen Grundbesitzes; die Reichsfluchtsteuer und der Steuerfiedbrief.

Ebenso sind die rein politischen Bestimmungen der Notverordnung, das Uniform- und Demonstrationsverbot für alle politischen Verbände sowie das Verbot des Tragens politischer Abzeichen sofort in Kraft gesetzt worden.

Am 16. Dezember tritt die Verbilligung der Gütertarife im Bereiche der Deutschen Reichsbahn in Kraft, die der Wirtschaft insgesamt eine Verbilligung der Frachtkosten in Höhe von 300 Millionen Mark bringt und bei einzelnen Tarifen eine Senkung bis zu 25 Prozent ausmacht. Das ist eine erfreuliche Bestimmung der neuen Notverordnung, von der aber zu bedauern ist, daß sie sich ausschließlich auf die Frachten begrenzt, die Personentaxen dagegen unverändert läßt.

Sehr bedeutsam ist der Teil der Notverordnung, der zum 1. Januar 1932 wirksam wird. Dazu gehören der Abbau der Kartellpreise und die Preisentfaltung für Markenwaren, die Herabsetzung der Steuererzeugnisse auf 24 auf — freilich ist das völlig unzureichend — 12 Prozent, die Neuordnung der Einheitsbewertung und der Vermögenssteuerveranlagung. Ebenso treten am 1. Januar in Kraft die Senkung der Mieten für Altmietwohnungen um 10 und für Neubaumietwohnungen um etwa 10—15 Prozent. Technisch stellt sich dabei die Senkung der Neubaumieten als reichlich kompliziert dar. Von größter Wichtigkeit ist ferner die Kürzung der Beamtengehälter um 9 Prozent und der Senkung der Bezüge der Behördenangestellten und -arbeiter um 10 Prozent. Darüber hinaus können vom Januar ab sämtliche Tarifverträge auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden. Erhöht wird dagegen vom 1. Januar ab die Umsatzsteuer, nämlich von 0,85 auf 2 Prozent, ausgenommen Getreide, Mehl und Brot. Für Betriebe mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Million Mark beträgt die Umsatzsteuer ab Januar 2,5 Prozent. Im Zusammenhang damit wird ferner eine Umsatzsteuer für Einfuhrwaren eingeführt werden.

Auch die Sozialversicherung erfährt zum Januar einige Abänderungen. So fallen z. B. in der Unfallversicherung die kleinen Renten für Fälle bis zu 20 Prozent Erwerbsunfähigkeit fort. Das bedeutet, daß von diesem Zeitpunkt ab etwa 400 000 Personen keine Rente mehr beziehen.

Am 10. März wird nach der neuen Notverordnung die Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer fällig, die nach den bisherigen Bestimmungen erst am 10. April hätte entrichtet zu werden brauchen. Bis zum April läuft ferner das Ründigungsrecht für alle Mietverträge, die vor dem Juni 1931 abgeschlossen worden sind und bisher noch nicht um 20 Prozent gekürzt worden sind. Gleichzeitig soll vom April ab die Wohnungszwangswirtschaft eine weitere Einschränkung erfahren.

Bereits diese kurze Zusammenfassung der neuen Notverordnung zeigt also, wie sehr diesmal die Reichsregierung in alle Bezirke des deutschen Lebens und der Privatverträge eingegriffen hat. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen abzuschätzen zu wollen, wäre heute verfrüht. Bedauerlich ist aber, daß trotz der vielen und harten Abstriche, der Abbau bei den Steuern halt gemacht hat. Eine durchgreifende Senkung der Gestehungskosten muß aber unbedingt auch mit einem energischen Abbau der deutschen Steuerlast Hand in Hand gehen. Was die politischen Auswirkungen der neuen Notverordnung betrifft, wird darüber noch einiges zu sagen sein, wenn die Diskussion über die Einberufung des Reichstages wiederauflebt.

Steinkohlenbergbau bis Jahresende von der Arbeitslosenversicherung befreit.

— Berlin, 10. Dezember. Die Befreiung der im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist bis zum 31. Dezember 1931 verlängert worden.

Mathilde Ludendorff — und das Christentum.

(Fortsetzung.)

Als ich vor einiger Zeit den ersten Artikel mit gleicher Überschrift im „Aufwärts“ schrieb, konnte ich nicht wissen, daß ich dankbare Zuschriften erhielt. Da ich selbst fast nichts von eigenen Gegenbeweisen gebracht hatte, sondern nur auf die durchschlagende Schrift des Pfarrers Roth „Tannenbergbund und evangelische Kirche“ (Verlag des Evangl. Bundes, Berlin W 10) hingewiesen hatte, so mußte der Dank diesem Verfasser gelten. Inzwischen ist auch ein tapferes Buch von Frau Guida Diehl herausgekommen, worin eine wissenschaftlich gebildete deutsche Christin mit ihrer gegnerischen Vertreterin des weiblichen Geschlechts gründlich abgerechnet. Stark schlägt dabei die Entrüstung der in ihrem Heilighen verletzten Frauennatur durch. In ihren Entgegnungen kann Frau Ludendorff von diesem Buch jedenfalls nicht behaupten, daß es aus den Reihen der kämpfenden Kirchenbeamten komme, da „überall unwahr“ sein sollen. In der neuesten Streit, trägt „Vom neuen Trug zur Rettung des Christentums“ behauptete sie diese Ungeheuerlichkeit. In diesem Buch setzt sie sich auch mit Pfarrer Roth auseinander, dessen objektiven Hinweise sie fraglos in Verlegenheit und Not gebracht haben. Pfarrer Roth hat nun daraufhin seine Schrift in 3. Auflage erscheinen lassen können, und in einem besonderen Abschnitt setzt er sich nun wieder mit diesem neuesten Ludendorff-Buch auseinander.

Der Kontroverse liegt — um es solchen Lesern, die es noch nicht wissen können, zu sagen — das ungeheuerliche, dreiste Wagnis zugrunde, daß M. Ludendorff in einem Buch „Erlösung von Jesus Christus“ behauptet hat, die neutestamentlichen Berichte über Jesu Leben, Lehre und

Wirken wären schlechthin Abschreibungen, Erweiterungen und Entstellungen eines ursprünglich indischen Gedankenquintes. Sich dabei auf den Franzosen Jaccoliot berufend, der das Abschreiben „bewiesen“ habe, greift M. L. auf dessen im Jahre 1868 erschienenen Buch „Die Bibel in Indien“ und das von ihm im Jahre 1874 in 3. Auflage erschienene Buch „Christus und Krishna“ wieder zurück, obwohl die gesamte indologische Wissenschaft diese Werke längst verworfen hatte. Ein Forscher, der Gelehrte Garbe, nennt Jaccoliot „einen notorischen Schwindler“.

Wenn ich, dem Wunsch des Verfassers nachkommend, nun nochmals im „Aufwärts“ ein Kurzes über die neueste Auflage der Rothschen Broschüre schreibe, so tue ich das einmal, weil ich inzwischen einiges mehr von der verheerenden Wirkung des Buches „Erlösung“ unter dem Volk erfahren konnte, zum andern deshalb, weil durch die neuerlichen Erwidern des Pfr. Roth die Kampfesweise und die „Wissenschaftlichkeit“ und die Art „logisch“ zu entgegnen erneut in ein eigenartiges Licht gesetzt werden. Weil M. L. den „Schwindler Jaccoliot“ voll und ganz in Schutz nimmt, deshalb mußte ein neuer Abschnitt eingefügt werden. Jaccoliot ist nicht — wie Frau L. sagt — nach seinem Tode „verleumdet“ worden, sondern er ist schon 1874 (und nochmals 1888), also während er noch lebte, durch die französische Zeitschrift „Revue des Sciences Religieuses“ entlarvt worden. Interessant ist es, zu erfahren, daß Jaccoliot, der seinen Aufenthalt in Indien auf „lange Jahre hindurch“ übertreibt, nur drei Jahre als lokal-sekthafter Richter in Pondichery gelebt hat. Seine „starken geographischen Irrtümer“, und seine „absolute Unkenntnis der (indischen) Sprachen und Alphabete“ zeigen, daß ihm jede nähere Kenntnis Indiens fehlt. Aber das Schlimmste ist, daß er „ein regelrechter Geistesdieb“ ist. So entlarvt ihn der Fran-

zose Julien Vinson. — Neuerdings stützt sich Frau Ludendorff auch auf den Religionsforscher Rud. Seydel und seine Ähnlichkeits-Hypothese. Es ist nun wirklich nicht viel Geist dazu nötig, um zu verstehen, was Pfarrer Roth dazu sagt; und daß die „Ähnlichkeiten“ sehr neben-sächlichlicher Natur sind, die aus der Gleichartigkeit der menschlichen Geschehnisse zu erklären sind. Und wenn ungehobte, auffallende Ähnlichkeiten zwischen der Bibel und Indien bestehen würden, was bedeutet das? Wert-besehen nichts, wenn man die Unterschiede einmal herausheben würde. So sage ich. So sagt der klar denkende objektive Bibelleser. In Einklangung sagt Pfarrer Roth: „Mit Fanatikern ist bekanntlich nicht zu rechten.“ Das stimmt. Aber dem armen, irregeleiteten Manne aus dem Volke muß die Rothsche Broschüre in die Hand gedrückt werden.

Zum Schluß des neuen Abschnitts bringt Pfarrer Roth noch eine „Enthüllung“, die — wie er sagt — unge-fähr das Tollste betrifft, was die Wissenschaft erlebt hat. Um irgendeinen Beweis zu bringen, sagt M. L., Professor Martin Seydel, der Sohn von Rudolf Seydel, sei zur „rechten Zeit“ gestorben. P. Roth sagt: „In Wahrheit lebt dieser von Frau Ludendorff vor der Öffentlichkeit totgesagte Prof. M. Seydel noch, und eine Ankündigung dieses Totgesagten widerlegt M. Seydel brieflich an P. Roth als „nirgends ausgesprochen“. Der Abschnitt schließt: „Hiernach darf ich es dem Leser überlassen, für die Volksbelehrung Frau L. einen von den Vornamen auszuwählen, die sie mir ohne Grund entgegenschleudert: „Trug“ oder „Irreführung“, „dreiste Stirn“ oder „große Volkstäuschung“.

Ich schließe mit der Absicht, die Broschüre von 57 Seiten, die etwa 50 Pfennig kosten wird, nochmals zu empfehlen. Rektor Ley, Mülheim-Ruhr-Speldorf.

Schupo-Offiziere gegen Severing

Schwerer Konflikt zwischen Severing und der Polizei-offiziersvereinigung.

Berlin, 9. Dezember. Die Polizeioffiziersvereinigung, in der etwa 90 v. H. aller preussischen Polizeioffiziere zusammengeschlossen sind, hat dem preuss. Innenminister Severing am Mittwoch eine Entschliessung zum Fall des Polizeimajors Lewit zugestellt, in der die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidiums und des Innenministers als unberechtigt bezeichnet werden, besonders, da sie ohne vorherige gründliche Untersuchung erfolgt seien. Nachdem das Vertrauen in die rein rechtliche Handlungsweise des Innenministers durch die scharfen Maßnahmen gegen Polizeioffiziere, die am Volksentscheid teilnahmen, bereits eine nicht unerhebliche Erschütterung erlitten habe, sei es nunmehr infolge der Art und Behandlung des Falles Lewit in Gefahr, verloren zu gehen.

Der preussische Innenminister Severing hat darauf an die Vereinigung der Polizeioffiziere ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heisst, er sei gezwungen, den bereits früher in Aussicht gestellten Abbruch der Beziehungen durch das Innenministerium und sämtliche ihm unterstellten Polizeibehörden nunmehr vorzunehmen. Die übermittelte Stellungnahme zum Fall Lewit sei sachlich unrichtig und unberechtigt, ihre Bekanntgabe an die Presse geradezu illegal. Das jetzt erfolgte, in höchstem Maße disziplinwidrige und disziplingefährdende Hervortreten erwecke den peinlichsten Zweifel, ob es der Vereinigung wirklich um die Wahrung des Zusammenhalts der Polizei zu tun sei. Nach Lage der Sache könne es sich bei der Entschliessung nur darum handeln, daß einige wenige unrichtig informierte oder voreingenommene ortsansässige Mitglieder das Schreiben verfaßt hätten, das umso grösster Wirkung, als es auf Grund seines Wortlautes ohne jede Legitimation beanspruche zugleich als Willenskundgebung der Masse der Polizeiwachtmänner zu gelten.

Durchführungsbestimmungen

zur Notverordnung. — Veröffentlichung bevorstehend. — Preiskommissar an der Arbeit.

Berlin, 10. Dezember. Die Durchführungsbestimmungen für die neue Notverordnung, die die praktischen Seiten der Maßnahmen darstellen, dürften in Kürze veröffentlicht werden.

Der Reichskommissar für die Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, hat am Mittwoch seine bisherigen Dienstgeschäfte als Oberbürgermeister von Leipzig abgewandt und wird nunmehr seine Arbeiten aufnehmen. Abgesehen von der Senkung der Kartellpreise hat der Preisüberwachungskommissar auch unbeschränkte Vollmachten für die Gestalt der nicht gebundenen Preise. Nicht eingreifen kann er jedoch bei landwirtschaftlichen Produkten sowie bei der Berechnungswirtschaft.

Der neue Reichskommissar hat vor allem auch zu untersuchen, ob und wie weit die Handelskassen überhöht sind. Von seinem Eingreifen wird es ferner abhängen, wann und in welchem Maße die Verkäufe, also die Preise für Strom und Gas sowie die Tarife der Straßen- und Kleinbahnen gekürzt werden. Die Ermäßigung der Beförderungsteuer soll hier als wesentliches Hilfsmittel gelten. Der Auftrag des Preiskommissars ist zunächst unbegrenzt.

Der Zinsabbau.

Ueber die Senkung der Zinssätze äußerte sich der Reichskommissar für das Bankgewerbe, Dr. Ernst, vor Pressevertretern dahin, bei dem verknappten Angebot von Kapital sei es selbstverständlich, daß die Zinssätze steigende Tendenz gehabt hätten. In den letzten Jahren sei aber noch ein Unsicherheitsfaktor hinzugekommen, nämlich die Erschütterung des Vertrauens in die Entwicklung Deutschlands. Um einen allgemeinen Zahlungsausschub zu vermeiden, habe sich die Regierung nunmehr doch zur Zinssenkung entschlossen, weil nach ihrer Meinung davon praktisch auch für die Kapitalbesitzer eine grössere Sicherheit für das ausgeliehene Kapital liege. Mit überhöhten Zinsen könne man auch den besten Schuldner kaputt machen. Es gebe Grenzen, wo es für den Kapitalbesitzer besser sei, sich mit niedrigen Zinsen zu begnügen, um das Guthaben zu retten.

England für endgültige Lösung.

MacDonald über die kommende internationale Konferenz.

London, 9. Dezember. Im Unterhaus brachte am Mittwoch der Arbeiterparteiliche Sir Stafford Cripps einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein. Die Regierung habe keine erfolgreichen Schritte getan, um die Währungs- und Finanzfragen zu lösen und die Entwicklung des internationalen Handels zu fördern. Auch habe die Regierung nichts getan, um die Arbeitslosigkeit zu mindern und die hohen Mieten herabzusetzen. Die neue Zollpolitik werde die internationalen Schwierigkeiten nur vermehren.

In seiner Antwort betonte der Ministerpräsident, daß die Nationalregierung viel dazu beigetragen habe, um das Vertrauen in der Welt wieder herzustellen. Niemand habe bezweifelt, daß eine internationale Aktion dringend notwendig sei. Die englische Regierung bedauere die Verzögerung, die hinsichtlich der Einberufung der Konferenz zur Erörterung der internationalen Schulden entstanden sei. Diese Frage sei die eigentliche Ursache für die gegenwärtigen Währungsschwierigkeiten. Die englische Regierung sei indessen überzeugt, daß Schritte ihrerseits zur Beschleunigung dieser Angelegenheit keinen Erfolg haben würden. Er, MacDonald, sei sicher, daß die außerordentlich erfahrenen Sachverständigen, die jetzt in Basel verhandeln, sich der Dringlichkeit ihrer Aufgabe voll bewußt seien und daß sie mit größter Beschleunigung einen Bericht herausbringen würden. Dann werde eine Regierungskonferenz stattfinden, die nach Ansicht der englischen Regierung zusammentreten sollte, sobald der

Zunächst ergreife die Zinssenkung den Kapitalmarkt und beziehe sich auf die langfristigen, länger als ein Jahr laufenden Verträge. Die Zinsen würden in folgender Weise herabgesetzt werden:

Die untere Grenze ist sechs Prozent. Was zwischen sechs und acht Prozent liege, werde auf sechs Prozent ermäßigt. Zwölfsprozentige Zinsen würden auf 9 Prozent gesenkt, Zinsen über 12 Prozent hinaus würden prozentual noch stärker ermäßigt werden.

Um massenhaften Kündigungen vorzubeugen, würden die Kündigungsfristen durchschnittlich um zwei Jahre gestreckt werden, so daß vor dem 31. Dezember 1933 keine Hypothek fällig wird. Man denke ferner daran, bei der Anpassung der Zinssätze an die neuen Verhältnisse die Aufsichtsbehörden der Versicherungen und Sparkassen heranzuziehen.

Ausgenommen von der Zinssenkung sind die im Ausland ausgenommenen und begebenen Anleihen.

Sie mußten herausgelassen werden, erklärte der Reichsbankkommissar, weil sie nicht der deutschen Gesetzgebung unterliegen.

Die Regelung auf dem Gebiet des Kapitalmarkts machte auch eine Einwirkung auf den Geldmarkt — also für kurzfristige Anleihen — notwendig. Entscheidend sei hier die Frage der Debetzinsen. Vorausgegangen freiwillige Vereinbarungen hätten bisher darunter gelitten, daß sie von Außenstehern sabotiert worden seien. Das werde in Zukunft verhindert. Wenn der Bankkommissar solche Vereinbarungen für verbindlich erkläre, dann gelten sie für alle gleichartigen Kreditinstitute, auch wenn diese den Spitzenverbänden nicht angehörten. Wenn diese Kreditinstitute sich an die Vereinbarungen nicht hielten, so könne ihnen das Depositenrecht entzogen werden.

Ein Vertreter der Reichsbahn erläuterte dann die Tariffenkungen.

Die Frachtenverbilligung um insgesamt 300 Millionen Mark werde so verteilt, daß bei der Klasse A, d. h. beim Normaltarif, die Senkung 24 Prozent beträgt. Kohle als wichtigstes Gut erfahre eine Frachtsenkung von rund 12 Prozent. Ob es notwendig sei, zur Bekämpfung der englischen Einfuhr noch besondere Maßnahmen zu treffen, werde noch geprüft.

Ueber die

Senkung der Mieten

wird mitgeteilt, eine schematische Mietsenkung für die 16 Millionen Wohnungen in Deutschland sei nach Lage der Dinge nicht möglich gewesen. Es gebe in Deutschland rund 13 Millionen Altwohnungen und 2,5 bis 3 Millionen Neubauwohnungen. Von den Altwohnungen unterliege der weitaus größte Teil der gesetzlichen Miete. Bei den Neubauwohnungen schwankten die Mieten zwischen 120 und 200 Prozent der Friedensmiete, je nachdem, ob diese Neubauwohnungen ohne oder mit öffentlicher Geldhilfe gebaut wurden. Nur bei den Altwohnungen habe man schematisch vorgehen können: Abbau der Mieten für Wohnungen und gewerbliche Räume um 10 Prozent. Bei den Neubauten komme es darauf an, ob und mit wieviel öffentlichen Mitteln gebaut worden sei. Deshalb werde die Mietsenkung dort am höchsten sein, wo keine oder nur wenige öffentliche Gelder verwandt wurden. Für die Altwohnungen trete die Mietsenkung ab 1. Januar 1932 reibungslos in Kraft. Bei den Neubauwohnungen werde das Verfahren etwas länger dauern.

Die ganze Wohnungswirtschaft trete am 1. April 1933 außer Kraft mit Ausnahme des Mieterschutzrechts, wenn bis dahin nicht ein soziales Mietrecht geschaffen ist.

Kündigung der Mietverträge muß spätestens bis zum 5. Januar erfolgen.

Für diejenigen Mieter, für die die Mietsenkung nicht genügen sollte, so auch für die Inhaber gewerblicher Räume, gebe die Verordnung als Hilfsmittel die Möglichkeit eines einmaligen außerordentlichen Kündigungsrechts, das in keiner Richtung beschränkt ist. Die Verträge, die vor dem 15. Juni dieses Jahres geschlossen wurden, dürfen vorzeitig gekündigt werden, und zwar zum 1. April. Die schriftliche Kündigung muß aber bis spätestens zum 5. Januar in der Hand des Vermieters sein.

Bericht den Regierungen übergeben worden sei. Diese Konferenz müsse ihre Arbeit mit größtem Wirklichkeits-sinn in Angriff nehmen. Sie müsse alle Tatsachen in Betracht ziehen, und eine Vereinbarung zu erreichen suchen, die die Schwierigkeiten nicht nur zeitweise behebe, sondern die ganze Welt, die zurzeit in immer größere politische und soziale Zerkleinerung gerate, auf eine Grundlage stelle, von der aus mit neuer Kraft neue Anstrengungen zur Wiederbelebung von Handel und Wandel unternommen werden. Das könne nur erreicht werden, wenn sich alle beteiligten Nationen bewußt seien, daß ihre Wohlfahrt und ihr innerer Friede von dem Gedeihen und dem Glück der ganzen Welt abhängen. In diesem Sinne werde sich die englische Regierung an der Konferenz beteiligen und ihren Einfluß geltend machen.

Die Regierung würde sehr töricht handeln, so sagte MacDonald weiter, wenn sie ohne eine internationale Regelung der Einfüsse, von der die Sterlingbewegung stark abhängig sei, irgendwelche Mitteilungen über Stabilisierungsabsichten machen wollte. Man dürfe nicht vergessen, daß der Außenhandel Englands in erster Linie unter dem Zusammenbruch des internationalen Handelssystems leide.

Reichsbankdiskont 7 Prozent.

Berlin, 10. Dezember. Die Reichsbank hat den Diskontsatz mit Wirkung vom heutigen Donnerstag ab von 8 auf 7 und den Lombardsatz von 10 auf 8 Prozent herabgesetzt.

Brünnings Weltecho.

Starker Eindruck der Notverordnung im Auslande. „Drahtische Eingriffe in die Rechte der Bürger“.

— Berlin, 10. Dezember.

Nach den aus allen Teilen der Welt vorliegenden Meldungen hat die letzte deutsche Notverordnung im Auslande stärksten Eindruck gemacht. Selbst die Zeitungen der Vereinigten Staaten brachten die Notverordnung und die Rundfunkrede des Reichskanzlers auf der ersten Seite und in großer Aufmachung. Mehrfach wird die neue Notverordnung in New York als der „letzte mögliche Schritt“ bezeichnet. Daneben interessieren sich die amerikanischen Blätter für die Ankündigung des Kanzlers, nach der er gegebenenfalls auch vor der Verhängung des Ausnahmezustandes nicht zurück-schrecken werde.

Für die Aufnahme, die die Notverordnung und die Kanzlererklärung in England gefunden haben sind folgende Ueberschriften kennzeichnend: „Der Kampf um die Seele Deutschlands“ (News Chronicle), „Der Reichskanzler fordert Hitler zum Kampfe heraus“ (Daily Express). In den Begleitartikeln zu den deutschen Maßnahmen erkennen die englischen Zeitungen mehrfach die Schwere der Opfer an, die erneut vom deutschen Volke gefordert werden. „In solcher Not befindet sich Deutschland!“ bemerkt „Daily Telegraph“ dabei.

Der Berliner Korrespondent der „Morning Post“ sagt: „Ein so einschneidender Eingriff in das Wirtschaftsleben eines Landes, das den Umfang und die Vielgestaltigkeit Deutschlands hat, ist in der Geschichte wohl noch nicht dages- wesen. Der Prozeß der Einschränkungen kann nicht mehr weitergetrieben werden. Das Ged ist jetzt klar zum Gesicht, um eine Reparationsregelung herbeizuführen.“

„Daily Mirror“ äußert im Hinblick auf die internationale Wirtschaftskrise sich dahin, noch sei es Zeit für eine kluge und praktisch mögliche Vereinbarung zwischen den Nationen.

Die Wahl liege zwischen einem europäischen Zusammenbruch und einem internationalen Einvernehmen, das eine Zusammenarbeit im Interesse der Gesamtheit fördere.

Unter der Ueberschrift „Das Drama in Deutschland“ schreibt der liberale „News Chronicle“: „Die von der deutschen Regierung erlassene einschneidende Notverordnung zeigt, in welcher extremen Lage Dr. Brüning bei seinem verzweifeltsten Kampf zur Rettung seines Landes getrieben worden ist. Außer Rußland dürfte niemals zuvor ein Staat versucht haben, in so drastischem Maße in das Leben seiner Bürger und in die Wirtschaft einzugreifen. Das erdrückende Gewicht, mit dem sich diese Verordnung auf ein Volk legen muß, dessen Löhne und Gehälter in einer Zeit tiefer Handelsdepression bei dauernd erhöhten Steuerlasten bereits schwere Eingriffe erfahren haben, läßt sich leichter nur vorstellen, als in Worten ausdrücken. Dr. Brüning kann mit Recht sagen, daß er seine letzten Reserven in den Kampf wirft.“

Im übrigen erwarten nahezu alle Zeitungen Englands jetzt den

Beginn der entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Brüning und Hitler.

Das gilt vor allem auch von den französischen Zeitungen, deren Interesse an den innerpolitischen Auseinandersetzungen des Kanzlers soweit geht, daß sie darüber den ersten Appell an die Sachverständigen in Basel und die Regierungen, jetzt reinen Tisch zu machen und eine endgültige Lösung zu treffen, nicht gerecht werden.

Auch in Deutsch-Oesterreich, in Holland, in Dänemark, in der Tschechoslowakei und anderen Ländern mehr ist die deutsche Notverordnung eingehend behandelt worden.

Notfalls Ausnahmezustand.

Die von der Auslandspresse viel beachteten innerpolitischen Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Brüning in seiner Rundfunkrede lauteten wörtlich:

Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf und wird nicht davor zurück-schrecken, einem drohenden Zerfall der Volkstrüste mit eiserner Energie entgegenzutreten.

Die Regierung duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge — notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes — gegen alle eingeleitet werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen.

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in grellem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich fühlender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man — auf legalen Wege zur Macht gekommen — die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit im engeren Kreise Rachepläne verfaßt und vorgegetragen werden. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste.

Es ist ein dem Lande abträglicher Unterfangen, wenn mit dem Hinweis auf innenpolitische Verschleppungen in den Tagesmeinungen der Wähler versucht wird, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja, eine Regierung von morgen gebe, die sich anmaßen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen.

Auch künftighin wird die politische Führung des Deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches im Auslande ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Regierung liegen.“

Fast 2,2 Milliarden RM. eingespart.

— Berlin, 10. Dezember.

Reichsfinanzminister Dietrich hat dem Reichstag eine Zusammenstellung der am Reichshaushaltsplan 1931 vorgenommenen Änderungen überreicht. Daraus ergibt sich, daß die Gesamtausgaben um mehr als 2,2 Milliarden Mark gegenüber den ursprünglichen Etatsansätzen herabgedrückt worden sind. Mehr als die Hälfte davon entfällt allerdings auf die äußeren Kriegslasten, von denen wegen des Hoover-Freijahres rund 1,23 Milliarden Mark eingespart werden konnten.

Die Verhandlungen in Basel.

Weitere Verschlechterung der deutschen Zahlungsfähigkeit gegenüber den Dayton-Bericht festgestellt.

— Basel, 10. Dezember.

Der Beratende Sonderausschuss hat unter dem Vorsitz Prof. Beneduce seine Erörterungen über die deutsche Wirtschaft und Finanzlage fortgesetzt.

Zunächst hat der Ausschuss den Bericht des technischen Ausschusses, der sich hauptsächlich aus Statistiken zusammensetzt und der einzelne gestern genannte Zahlen miteinander in Einklang zu bringen hatte, entgegengenommen. Dieser Unterausschuss wird künftig regelmäßig dann in Funktion treten, wenn in der allgemeinen Debatte der elf Hauptdelegierten Einzelheiten über finanzielle, budgetäre und sonstige Fragen nicht sofort geklärt werden können.

Die Prüfung des Ausschusses erstreckt sich weiterhin auf die von Dr. Melchior ausführlich behandelten Fragen der kurz- und langfristigen Verschuldung, insbesondere des Restschulds der deutschen auswärtigen Schuld, weiter auf die Frage der deutschen Auslandsguthaben. Dr. Melchior hat in seinem Referat die Hauptfrage behandelt, sich aber vorbehalten, im weiteren Verlauf der Beratungen auf die einzelnen Punkte noch besonders einzugehen.

Schon der bisherige Verlauf der Beratungen hat ergeben, daß gegenüber dem Dayton-Bericht in dem für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands maßgebenden Faktoren weitgehende Verschlechterungen eingetreten sind und daß die damaligen sehr bedeutungsvollen Feststellungen und Schlussfolgerungen des Wiggin-Ausschusses, dem bekanntlich eine Reihe der jetzigen Delegierten ebenfalls angehörten, durch die Entwicklung der Krise bestätigt und unterschritten worden sind.

Au dem Material, daß der deutsche Vertreter bereits dem Ausschuss unterbreitet hat, kommt jetzt die neue Notverordnung des Reichspräsidenten, die der hier weilende Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, Dr. Schäffer, eingehend mit Dr. Melchior und den Sachverständigen der deutschen Delegation gegenwärtig für die Zwecke des Ausschusses bearbeitet. Die neuen Maßnahmen der Reichsregierung haben in Basel einen starken Eindruck gemacht. Die Franzosen halten allerdings vorläufig noch mit ihrer Meinung zurück.

Senkung des Sollzinsfußes.

— Berlin, 10. Dezember.

In Anbetracht des durch die Notverordnung gekennzeichneten Ernstes der gegenwärtigen Wirtschaftslage und in dem Bestreben, die Notmaßnahmen der Regierung zur Gesundung der deutschen Wirtschaft soweit wie irgend möglich zu fördern und zu unterstützen, haben die Mitglieder der Vereinigung Berliner Banken und Bankiers im Einvernehmen mit den maßgebenden öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten des Reiches und der Länder sowie den maßgebenden auswärtigen Banken und Bankhäusern beschlossen, den Sollzinsfuß, der gegenwärtig zwei Prozent über dem Reichsbankdiskontsatz, das heißt zehn Prozent p. a., beträgt, auf ein Prozent über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu senken.

Ringens um sittliche Reinheit.

Der Rheinisch-Westfälische Landesverband des Deutschen Sittlichkeitsbundes vom Weißen Kreuz hält alljährlich am Bußtag eine Jahrestagung ab, um Verbandsangelegenheiten zu beraten und sich neu für die schwere Sonderarbeit zu stärken. Diesmal war die Tagung in Hagen. Trotz der Not der Zeit ließ man diese Jahrestagung nicht ausfallen, weil man den Kampf für sittliche Reinheit und für Hebung der Sittlichkeit gerade heute für besonders notwendig erachtete. Aus den verschiedensten Städten und Orten Rheinlands und Westfalens waren Delegierte erschienen: insgesamt nahmen etwa 600 Männer und Jungmänner an den Verhandlungen teil. Viele von ihnen fanden in freien Bürgerquartieren freundliche Aufnahme.

Am 17. November bildeten den Auftakt zwei Abendversammlungen. Dr. med. Spangenberg-Lüttringhausen sprach in einer Versammlung von Männern und Jungmännern über die Frage „Wie erringe ich sittliche Reinheit?“. In einer Parallelversammlung wies Regierungs-Oberlandmesser Toellner-Soest Eltern und Erzieher auf die Wichtigkeit der Erziehung unserer Kinder zu sittlicher Reinheit hin. Regierungs-Oberlandmesser Toell-

ner-Soest ist der Vorsitzende des Landesverbandes Rheinlands und Westfalen. Er hat den Sittlichkeitsbund vom Weißen Kreuz, der heute in so großem Segen über ganz Deutschland verbreitet ist, vor 41 Jahren gegründet.

Der 18. November (Bußtag) wurde eröffnet durch einen Frühgottesdienst, der mit einer gemeinsamen Abendmahlsfeier schloß. Daran schloß sich eine Mitgliederversammlung an, in der Lehrer Hugo Hilger-Barmen methodische Fragen dieser Sittlichkeitsarbeit behandelte.

In einer Hauptversammlung nachmittags sprach Pfarrer Noa-Siegen über das Thema: „Der Dienst des Weißen Kreuzes im Gegenwartskampf“. Er schilderte zunächst diesen Gegenwartskampf, der sich auf religiösem, sozialem, sittlichem und wirtschaftlichem Gebiete zeige. Hier könne das Weiße Kreuz dem Volk und dem Einzelnen große Dienste erweisen. Wenn neues Volkstum heute geschaffen werden und eine nationale Wiedergeburt erfolgen solle, so könne das nur von einem reinen Geschlecht aus erfolgen. Der Kampf für sittliche Reinheit sei gleichzeitig bestes vaterländisches Tun.

Bei den Weiteren Verhandlungen wurde die Aufstellung von Dublofanautomaten, die in einzelnen Reichsbahndirektionsbezirken Westdeutschlands aufgestellt sind, nachdrücklich gerügt. Es soll erneut Beschwerde dagegen erhoben werden. Es wurde dabei bekannt gegeben, daß sich andere Organisationen, wie der Westdeutsche Sittlichkeitsverein und die Westdeutsche Witternachtsmission, sich dieser Beschwerde anschließen werden.

Ueber Ehenot und Ehelegen sprach am Schluß der Tagung Kaufmann Knohl-Barmen in einem Kreise von Verheirateten und Verlobten.

Der geschäftsführende Ausschuss, der sich aus den Herren Regierungs-Oberlandmesser Toellner-Soest, Jugendsekretär Michaelis-Barmen und Kaufmann Knohl-Barmen zusammensetzt, wurde wiedergewählt.

Als Tagungsort für die Bußtagsversammlung 1932 ist Solingen bestimmt worden.

Die Organisation des Diakonienstandes

Ist wesentlich das Werk des soeben aus seinem Amte geschiedenen Geschäftsführers Diakon Lehmann in Berlin, der sich vor der Zeit im Dienste aufgegeben hat. Im Deutschen Diakonienverband, der sämtl. Brüderschaften der 20 reichsdeutschen Diakonienanstalten umfaßt, war er der erste Geschäftsführer. Mit 3 Vorsitzenden hat er im Laufe von 14 Jahren zusammen gearbeitet, P. D. Dehlkers vom Stephansstift in Hannover, P. Ernst Bunke vom Johannesstift in Berlin-Spanbau und P. Büchel vom Lindenhof in Reinsfeld. Sie haben in gleicher Weise die unermüdete Dienstfreudigkeit ihres Geschäftsführers geschätzt, wie es die Diakone im ganzen Deutschen Reich getan haben. Vor allen Dingen sind sie ihm dankbar dafür, daß er musterghültige Einrichtungen der äußeren Fürsorge für die Diakone geschaffen hat. Die Versorgungskasse für die Tage des Alters und für die Hinterbliebenen ist für andere ähnliche Kassen ein Vorbild geworden, z. B. für die Versorgungskasse der freien Berufsarbeiter und Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission. Die Begräbnis- und Aussteuerhilfe ist so günstig wie irgendeine andere Kasse des gleichen Zweckes. Das eigene Verbandshaus in Berlin-Friedenau, Cranachstraße 3/4, ist ebenfalls seiner Anregung und tatkräftigen Unterstützung zu verdanken.

Ebenso sehr hat Diakon Lehmann die innere Förderung des Diakonienstandes im Auge gehabt. Ihm diente die Organisation der Bezirks- und Ortsgruppen, bei deren Versammlungen die Diakone aus den verschiedenen Brüderanstalten miteinander vertraut wurden, die Regungen der landmannschaftlichen Eiferfucht überwand, die Fragen des Berufs klärten und sich in diakonischer Berufstreue stärkten. Dem gleichen Zweck dienten die Arbeitsausschüsse der einzelnen Fachgruppen (Gemeinbediakone, Jugendsekretäre, Herbergswäter, Erzieher usw.), die bei Gelegenheit der alle 2 Jahre stattfindenden Diakonentage ihre Besprechungen hielten. Auf dem letzten Diakonentag in Hannover (September 1931) kam es auch zur Bildung einer Fach-

gruppe für Wohlfahrtspfleger, der neuesten Erscheinung auf dem weiten Felde der männlichen Diakonie. Den ständigen Verkehr mit den Mitgliedern des Verbandes pflegte der Geschäftsführer durch das Deutsche Diakonienblatt, dessen Ausgestaltung in der Hauptsache seinem Eifer zu verdanken ist, wenn er auch von den Brüderhausvorstehern Direktor Schlitter (Karlsruhe) und Rektor Nicol (Rummelsberg) wesentliche Unterstützung fand.

Besonderen Wert aber hat Diakon Lehmann mit Recht auf die Pflege der persönlichen Verbindung gelegt und ist ein fleißiger Besucher der Diakonienanstalten bei ihren Jahresfesten, nicht minder der Bezirksversammlungen des Verbandes gewesen. Überall hat er mit Vorträgen gedient, in denen er seine Begeisterung für den diakonischen Beruf ausströmte. Es wird wenige Diakone in Deutschland geben, die nicht bei dieser oder jener Gelegenheit sein Angesicht gesehen und unter dem Eindruck seiner Persönlichkeit gestanden haben. Er verkörperte die Treue gegenüber der evangelischen Kirche, zu deren Vertretungskörpern er gehörte bis hinauf zur Generalsynode, und die Bereitschaft zu jeglichem Dienst im Verborgenen wie in der großen Öffentlichkeit. Sein Nachfolger, Diakon Weigt vom Ostdeutschen Jungmännerbund wird es nicht ganz leicht haben, den Platz eines solchen Vorgängers auszufüllen. Aber er findet die Wege geebnet, um den Diakonienstand in Berufsfreudigkeit und Berufstüchtigkeit zu fördern. Die Brüderhausvorsteher und Brüderschaften werden wie bisher mit dem Geschäftsführer des Diakonienverbandes zusammenwirken, um die Schar von mehr als 4000 Diakonen fachkundig, dienstwillig und kampfesfreudig den evangelischen Kirchen Deutschlands als Mitthelfer in den gegenwärtigen Notzeiten darzubieten. Ernst Bunke.

Verschiedenes.

Deutsche Richtwoche Georg Stammers. In den kommenden Weihnachtsfeiertagen wird wieder eine der bekannten „Deutschen Richtwochen“ Georg Stammers stattfinden, und zwar diesmal auf dem hohen Schwarzwalde, im Landheim der „Adler und Falken“ in Oberkirch, eine halbe Stunde von St. Georgen an der Hölentalbahn. Dauer vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932 einschließlich. Den Gegenstand der gemeinsamen Aussprache bildet das Thema:

Deutsche Not und deutsche Wandlung, unter den folgenden Gesichtspunkten:

1. Deutschtum als Schicksal und Aufgabe. — Volk und Staat; ihr Werden in der Geschichte. — Blut, Boden, Recht. — Politik und geistiges Geseh. — Politik und Wirtschaft. — Der Reichsgedanke. — Die deutsche Sendung.
2. Das Wesen der heutigen Not. — Die geistigen Weltmächte und die deutsche Seelenlage. — Individualismus und Kollektivismus. — Geldfrage, Landfrage, Ostfriedung. — Volk und Staat: ihre Neugestaltung aus der Urzelle. — Wie begegnen wir dem, was kommt?

Jeder volksgesinnte Deutsche, den diese Fragen bewegen, und der das einfache Jugendleben unseres Kreises eine Woche lang teilen will, ist willkommen. Die Kosten richten sich nach der Zahl der Teilnehmer. Vorgesendet sind 2,50 für den Tag, alles in allem. Schlafgelegenheit: Matratzen und Strohsacklager in geheiztem Raume, für Burschen und Mädchen gesondert. Decken sind mitzubringen. Einzelherberge auf eigene Rechnung. In den Freizeiten Skisport, Musizieren, Singen, Spiel, Anfragen und Anmeldungen an Fritz Fleig, Pforzheim (Baden), Bleichstraße 12.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Hüttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Schöne, weiße, gegerble

Heidschnucken-Felle

hat abzugeben

Arbeiterkolonie Freistadt, Kreis Sulingen/Hamm

Weihnachts-Flugblatt!

Ein vielseitiges Werbeblatt mit Bildern von Hans Thoma und Fritz v. Uhde, geeignet zum Verteilen auf Weihnachtsfeiern, in den Kirchen, Bahnhöfen, Weihnachtsmärkten usw.

Das Blatt ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld. Postfachkonto: Hannover 7382.

Das Stück kostet 2 Pfg. Bei größeren Bezügen Ermäßigung. — Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Wissen Sie, was Sonnenkind's Großvater immer sagte:

„Etwas zum Liebhaben muß der Mensch haben!“ ...

Lesen Sie das Buch

Sonnenkind

Ein Lebensbild von M. Nicolaus

Ein Buch für gebildete und ungebildete Menschen! Es bringt Wärme in dieses kalte Dasein — es birgt handlungsreiches Leben, kennt Mühsal, Krankheit, Sorge, Kriege — und schält aus allen Verlethungen das Gute heraus. Es gibt Ruhe und Kraft zu neuer Arbeit und eine innere Gesinnung vom Sinn des Lebens.

Leinenband, mit Bildern, M. 5,80.

Erhältlich durch jede Buchhandlung.

Berlin Ludwig Unger, Treppen-M. 27

Macht Dir Deine Gesundheit Sorge?

Unzählige Kranke verdanken ihre Hilfe dem vorzüglichen bewährten

Universal Blutreinigungs- u. Kräftigungs-Fruchtpulver

Etwas 600 Dankschreiben von Geheilten zeugen von der wunderbaren Wirkung bei Schlaganfall, Bähmung, Verfallungs-Altersbeschwerden, Gicht, Rheuma, Magen-, Darm-, Herz- und Nervenleiden, Hämorrhoiden usw. Preis 1/2 Kur = 3 Pakete à 200 g mit Broschüre M. 4,50. 1/4 Kur = 6 Pakete M. 9.— Porto extra.

P. Gilmann, Braackweide i. W., Niederstr. 72.

Dauermieter

oder Pensionär finden bei mäßig. Pensionspreis für ein od. zwei möbl. Zimmer Aufnahme in ruhigem, kleinen Villenhaus. Gefunder Aufenthalt, nahe gelegene, schöne Spaziergänge.

Frl. v. Otterstedt,

Ballenstedt a. Harz, Poststr. 61.

Eine große

4-5 Zimmerwohnung

zum 1. Januar zu vermieten.

Friedrich Schubert,

Lage i. Bippe, Flurstraße 14.

Passende

Weihnachtsgeschenke

für Damen und Herren

empfiehlt zu billigen Preisen

L. Eickmeyer, Bielefeld

Güterloherstraße 12.

Mein echter

Tüftler Vollstetkase

mit 48/52, Feil i. T. kostet ab heute nur RM

0,50 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Post-

kollis un. Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stolzka

Dampfmolkerei Jedwilleiten,

Post Motzweihen. Tüftler Niederung.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille

lieert als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flögelhörner (System Kuhlö) sowie in bester

Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch

Pastor Kuhlö in seinen „Posaunenrufen“ — Seite 20-26

Katalog und Preisliste gratis.